



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer, Florian von Brunn, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Florian Ritter SPD**

Ungarn: LGBTIQ*-Diskriminierung beenden

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Das im Mai 2020 von der rechtsnationalen Parlamentsmehrheit von Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán verabschiedete Gesetz zur Einschränkung der Rechte von trans- und intersexuellen Menschen ist ein Verstoß gegen die Menschenwürde. Es verstößt gegen den europäischen Gedanken einer friedlichen und offenen Gesellschaft.

Die Rechte von LGBTIQ*-Personen sind Menschenrechte. Gemäß den internationalen Menschenrechtsstandards hat jede Nation die Pflicht, lesbische, schwule, bi-, trans- und intersexuelle sowie queere Personen (LGBTIQ*-Personen) vor Diskriminierung zu schützen.

Der Landtag sieht die Diskriminierung von LGBTIQ*-Personen in Ungarn mit Sorge und erinnert an die EU-Leitlinien zur Förderung und zum Schutz der Ausübung aller Menschenrechte durch Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender- und Intersexuelle Personen vom 24. Juni 2013 sowie die am 17. Juni 2011 verabschiedete Resolution 17/19 des UN-Menschenrechtsrats zu Menschenrechten, sexueller Orientierung und sexueller Identität.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, bei der EU-Kommission darauf hinzuwirken,

- dass sie als Hüterin der europäischen Verträge gegen die ungarische Regierung Sanktionen verhängt,
- dass auf der europäischen Ebene neue Instrumente zur Achtung der EU-Werte gefunden werden, u. a. die Sperrung oder Kürzung von EU-Mitteln durch das Europäische Parlament und den Europäischen Rat bei vergleichbaren Verstößen.

Die Staatsregierung wird weiter aufgefordert, sich in geeigneter Weise dafür einzusetzen,

- dass Ungarn das umstrittene Gesetz zurücknimmt,
- dass bestehende Diskriminierungen von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität in allen gesellschaftlichen Bereichen Ungarns wie auch der EU im Gesamten beendet werden,

Begründung:

Ungarns rechtsnationale Regierungsmehrheit von Ministerpräsident Viktor Orbán hat die Rechte von trans- und intersexuellen Menschen stark eingeschränkt. Ein neues Ge-

gesetz verwehrt Menschen die Möglichkeit, ihr Geschlecht nach einer Angleichung standesamtlich eintragen zu lassen. Das nach der Geburt im Personenregister vermerkte Geschlecht darf später nicht mehr verändert werden. Trans- und intersexuelle Menschen können damit etwa ihre Ausweisdokumente nicht anpassen lassen. Geschlechtliche Vielfalt findet damit in Ungarn nicht mehr statt.

Die EU-Menschenrechtskommissarin des Europarates, Dunja Mijatovic, hatte die ungarische Regierung zuvor vergeblich aufgerufen, von dem Gesetz Abstand zu nehmen. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International wirft Orbán in diesem Kontext vor, „internationale Menschenrechtsstandards“ zu missachten.

Seit vielen Jahren steht die LGBTIQ*-Community in Ungarn zunehmend unter Druck. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ stellte im Dezember 2019 fest: „Seit Orbáns Machtantritt im April 2010 ist Homophobie fester Bestandteil der Staatsideologie“. 2018 wurde das Fach Gender Studies an ungarischen Universitäten verboten.